

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 7

Buchbesprechung: Hinweise auf Zeitschriften

Autor: Stössinger, Felix

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

meldete, ist ihr allerdings als Unterlassung anzukreiden, obwohl eine gesetzliche Verpflichtung dazu (vor Mitte Mai 1950) nicht bestand. In einem bestimmten Fall kann man der Bankiervereinigung vielleicht vorwerfen, die Treuhandgesellschaft «nicht genügend herangezogen zu haben». In einem andern Fall hat die Bankiervereinigung die Behörden nicht genügend informiert. Sie hat dem strafrechtlichen Aspekt der Sache zuwenig Beachtung geschenkt. Sie hat sich als «allzu large» erwiesen, auch in der Zulassung zu vieler Banken zur Affidavitkonvention. In bezug auf einen Fall kann man auch den Organen des Politischen Departementes vorwerfen, «zuwenig Neugierde» an den Tag gelegt zu haben. Daß eine Verschärfung der Kontrolle nicht schon früher angeordnet worden sei, erkläre sich durch den ungewöhnlichen Charakter der Zahlungsvereinbarungen und durch das Fehlen von Erfahrungen. (Bedurfte es der Erfahrungen all der Jahre 1941—1950, bis man sich entschloß, die sich aufdrängenden Verordnungen zu erlassen? — V. G.)

Ob alle gefälschten Affidavits entdeckt worden sind, ist schwer zu sagen. Seit 1943 wurden jährlich etwa 100 000 Affidavits ausgestellt.

Die schweizerische Gesandtschaft in Paris publizierte tatsächlich, durch Gerüchte veranlaßt, ein Communiqué über Affidavittäuschungen. Der betreffende Beamte erhielt keine Verwarnung, sondern er wurde lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß er vor der Herausgabe des Communiqués mit seinem Vorgesetzten hätte Fühlung nehmen sollen.

Zusammenfassend stellte der Redner fest: Das System der Affidavitkonvention als solches habe sich bewährt und sei auch von den ausländischen Regierungen nicht kritisiert worden. Versagt habe die Kontrolle, und zwar sowohl diejenige der Bankiervereinigung als auch die des Politischen Departementes. Die Lücken des Systems seien nun aber durch Verordnungen ausgefüllt worden. Der Bundesrat sei nicht der Ansicht, daß die Kontrolle der Affidavits der Bankiervereinigung entzogen und einer neuen Amtsstelle anvertraut werden sollte.

Der Interpellant dankte dem Chef des Politischen Departementes für seine ausführliche Antwort und erklärte sich befriedigt, mit dem Vorbehalt allerdings, daß er hinsichtlich der Bewertung des Sachverhalts und der daraus gezogenen Schlußfolgerungen mit der erteilten Antwort nicht in allen Punkten einiggehen könne.

Hinweise auf Zeitschriften

Friede droht

Die Furcht vor dem Ausbruch eines Krieges wird seit einigen Wochen von der Furcht vor dem Ausbruch eines Friedens überschattet, nämlich vor dem *Frieden mit Japan*. Die Absicht, Alliierte des gemeinsamen Sieges, nämlich Rußland und China, vom Sonderfrieden mit Japan auszuschließen und mit einer starken Abwehrstellung einiger asiatischer Glieder des Commonwealth, wie Australien, Indien und Pakistan, diplomatisch oder anders fertigzuwerden, macht die Absichten von Washington zu einem neuen Problem der Weltpolitik und trägt unabsehbare Folgen in sich. So muß man sich leider wieder fragen, ob die amerikanische Außenpolitik, an deren überlegener Führung so ziemlich die ganze westliche Welt ihren Glauben verloren hat, die Schwierigkeiten überhaupt kennt, die sie heraufbeschwört, oder ob sie schon weiß, wie sie mit ihnen fertig werden wird.

Den Lesern des «*Volksrechts*» sind die Einwände bekannt, die *Walter Lippmann* dort am 21. Juni formuliert hat. Wird der Frieden mit Japan während des Koreakrieges abgeschlossen, so trägt Japan als souverän gewordener Staat die Verantwortung für alle militärischen Maßnahmen, die auf seinem Boden gegen Korea, eventuell gegen China und Rußland durchgeführt werden. Ist aber Japan souverän und wehrlos auf einmal, so werden sich nicht geringere Schwierigkeiten ergeben. Wird der Vertrag ohne China und Rußland unterzeichnet, so besteht er für diese beiden Mächte nicht. Schon heute läßt der japanische Ministerpräsident Yoshida alle Welt wissen, daß er auf gute Beziehungen mit China, rot oder weiß, Wert legt. Er könnte also einen zweiten Sonderfrieden, nämlich mit China, schließen, der einige Überraschungen enthalten dürfte.

Der Vertreter Trumans in Japan, *John Foster Dulles*, hat im BBC über die Bedeutung des japanischen Friedensvertrages gesprochen, der Text ist in «*The Listener*» (1163) zu finden. Der Sprecher gibt ohne weiteres zu, daß die Absicht der amerikanischen Politik darin besteht, nicht zuzulassen, daß Deutschland oder Japan Instrumente eines russischen Krieges gegen die westliche Welt werden. Ob das aber durch die in beiden Ländern angewandten Methoden erreicht wird, ist ja gerade die Frage. Der Sprecher findet es erfreulich, daß Japan heute keine Kombinationen mit Rußland wünscht. Kann man das mit Sicherheit von einem künftigen Japan sagen? Japan wird durch den Frieden an Stelle von Reparationen erhebliche territoriale Opfer bringen müssen. Es könnte sich also mit Mächten verbünden, die ihm die verlorenen Inseln wieder anbieten. Amerika wünscht ein starkes Japan, um es vor einer russischen Aggression zu schützen. Da aber nichts auf solche Absichten deutet, könnte Japan seine Stärke auch in den Dienst einer andern Politik stellen. Der Friedensvertrag wird Japan nur einen limitierten Welthandel einräumen und auf diese Weise nachträglich den Krieg als imperialistische Auseinandersetzung um die Weltmärkte charakterisieren. Japan hat in diesem Kriege die falsche Strategie seines berühmten Tanakaprogramms von 1931 mit seiner Niederlage bezahlt. Dieser Plan war, wie Bernard Simiod in «*Hommes et Mondes*» (54) erinnert, darauf begründet, daß ein Sieg Japans über die Vereinigten Staaten Japan die Vorherrschaft über die asiatischen Staaten geben und ihm die Bildung eines *ostasiatischen Imperiums* erlauben würde. Nun ist die Vorherrschaft aber China zugefallen, und die Frage stellt sich, ob Japan imstande sein wird, der *Anziehungskraft des neuen China*, das einen dringenden Bedarf an industriellen Importen hat, Widerstand zu leisten. Daß Japan eine Zusammenarbeit mit China wünscht und von ihr nach wiedererlangter Souveränität nicht abzuhalten ist, wird auch in andern Artikeln über den japanischen Sonderfrieden und seine Gefahren hervorgehoben.

Dulles verlangte die Einigung der demokratischen Staaten zur Friedenskonferenz mit Japan, um die Welt vor der Gefahr einer Aufsplitterung zu schützen. Aber auch diese Bemerkung geht über die Tatsache hinweg, daß erhebliche Kreise aus dem unzweideutigst antibolschewistischen Lager in diesem Vertrag eine Konfliktsgefahr voraussehen.

Solche Bedenken äußert auch der beim früheren Hauptquartier *McArthurs* akkreditierte ostasiatische Korrespondent des *Daily Herald*, *Hessell Tiltman*. Sein Aufsatz über diese Frage in «*The Nation*» (22) gehört neben der Warnung von *Jonathan Grant* vor den «Gefahren eines japanischen Friedensvertrages» in «*Tribune*» (734) zu den eindrucksvollsten Äußerungen über dieses Thema in den letzten Wochen.

Tiltman stellt zunächst die Kräftigung Japans in den letzten Jahren fest. Der Friedensvertrag wurde sukzessive durch eine Politik des Entgegenkommens vorweggenom-

men, es war die strategisch begründete Politik McArthurs, «*making peace in pieces*». Amerika will Japan wieder eine starke Armee geben und es zu seiner Kriegswerkstätte in Asien ausgestalten. Es soll schon in Kürze Beobachter zur UNO entsenden. An den Besprechungen der japanischen Zukunft werden auch Persönlichkeiten beteiligt sein, die auf Grund ihrer Kriegsvergangenheit vom öffentlichen Leben ausgeschlossen waren. Es sind zwar einige amerikanisch-demokratische Reformen vorgenommen worden, die die Regierung aber nicht hindern, die Gewerkschaften zu entmannen und die 5,7 Millionen Gewerkschafter einschränkenden Bestimmungen zu unterwerfen. Von Fall zu Fall wird die gesamte Gewerkschaftsexekutive wegen eines Streiks oder einer Demonstration verhaftet. Auch gute Kenner Japans sehen ein, daß die Formen der westlichen Demokratie in Japan keine Wurzel schlagen werden. Wie es ja überhaupt eine kindisch-liberalistische Illusion ist, daß Demokratie nur aus Parlamentswahlen besteht. Schon heute steht fest, daß das japanische Parlament, sowie seine Souveränität hergestellt ist, zahlreiche Ordonnanzen über Handelsvereinigungen, Monopole und Gewerkschaften aufheben wird. Oder wie ein japanischer General sagte: das japanische Parlament wird seine demokratische Zustimmung zu allem geben, was der Kaiser befiehlt.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Japans beruhen auch heute im wesentlichen darauf, daß es von seinem *Hauptkonsumenten*, dem *asiatischen Kontinent*, abgeschnitten ist. Japan mag politisch aufs positivste zum amerikanischen Block gehören, es ist ökonomisch von China, das heißt vom Ostasiatischen Imperium, nicht zu trennen... Daß 84 Millionen auf vier Inseln wie in einem Konzentrationslager gehalten werden, wo sie sich jährlich um 1,7 Millionen vermehren, schafft Spannungen, die alle Papierverträge zum Reißenden bringen müssen. Amerika hat aber in dieser Hinsicht vorbedacht, denn es propagiert in Japan etwas, was für asiatisches Empfinden ungeheuerlich ist, nämlich die Geburtensteuerung durch antikonzepcionelle Industrieartikel. Es ist ein Verdienst der «*Österreichischen Furche*» (47, 49), darauf hingewiesen zu haben, daß die Amerikaner auf Straßen, Eisenbahnen, im Tram und in den Zeitungen Japans Reklame für antikonzepcionelle Artikel in großem Maßstab betreiben und in Filmen mit anschließenden Nacktvorführungen zeigen, wie diese Artikel zu verwenden sind. Man kann wohl nicht auf schamlosere Weise die politischen Ereignisse fördern, die man fürchtet. Auch in Japan, wie in andern Ländern Asiens, sind die Fruchtbarkeitsmythen heilig, und ihre profitable Verhöhnung durch industrielle Teilhaber der amerikanischen Besetzungsmacht wird sich rächen.

Aber auch *England* hat an Japan Forderungen mit Siegergesten zu stellen, so den Verzicht Japans auf seine Wirtschafts- und Einwanderungsverträge mit dem *Kongo*, auch soll Japan auf die Gleichstellung verzichten, die in den Friedensverträgen von Versailles und Paris niedergelegt sind. Es ist anzunehmen, daß die Japaner mit ihrer bekannten Höflichkeit alles unterschreiben und am nächsten Tag bereits zeigen werden, daß sie wissen, wie dringend man sie braucht.

Der Japanbeitrag der «*Tribune*» warnt davor, die Einwendungen von Indien, Pakistan, Burma und Indonesien zu bagatellisieren. Die Differenzen zwischen den nicht-kommunistischen Staaten in bezug auf die Chinapolitik Amerikas haben jetzt schon Rußland Gelegenheit gegeben, spaltend zu wirken, und im Falle einer Japankonferenz wäre diese Möglichkeit nur noch größer. Jonathan Grant hält es für außerordentlich schwierig, die Forderung einer Gesamtkonferenz aller Mächte, die gegen Japan kämpften, zurückzuweisen. Er glaubt, daß die Konferenz während des Koreakrieges überhaupt

nicht durchführbar ist. Die Mehrheit, über die Amerika in den Sitzungen der Vereinten Nationen verfügt, wäre auf einer Japankonferenz nicht gesichert; hier stände Amerika nicht bloß den kommunistischen, sondern auch den asiatisch-antikommunistischen Staaten unter Umständen allein gegenüber. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß Amerika die Friedenskonferenz einberuft um strategischer Ziele willen, die nur sehr indirekt mit dem Friedensthema der Konferenz zu tun haben. Man könnte die Schwierigkeit, welche chinesische Regierung den Vertrag unterzeichnen soll, dadurch vermeiden, daß ihn keine unterzeichnet, sondern die Regelung der japanischen Pflichten China gegenüber in den Friedensvertrag aufgenommen wird. Aber wer könnte für ihre Durchführung und für ihre Anerkennung durch China bürgen? Japan würde auf der Friedenskonferenz einen tiefen Einblick in die Uneinigkeit der Sieger erhalten und sie zur Grundlage seiner künftigen Politik machen. Schließlich ist es nicht einmal sicher, daß Japan einen Friedensvertrag ohne Rußland und China unterzeichnen wird.

Alle diese Darlegungen zeigen die Schwere des Konfliktes, dem wir unnötigerweise entgegengehen. Merkwürdigerweise ist noch nicht erwähnt worden, daß Amerika die Ansetzung eines Friedensvertrages und sogar eines Datums der Friedenskonferenz als Pression zur *Beendigung des Koreakrieges* benutzen könnte, denn da niemand mehr in Amerika an einen Siegfrieden in Korea denkt, könnte das Angebot einer Friedenskonferenz mit Einschluß von Korea, China und Rußland nach Beendigung des Koreakrieges ein wichtiges Instrument zur Erlangung eines Waffenstillstandes bilden. Aber auch hier hat schon Rußland das Präventive gespielt, um Washington den Koreakrieg als Vorwand zu einem Sonderfrieden zu entwinden. Ob aber Amerika Japan als Friedens- oder Kriegsfaktor im Pazifischen Ozean zu installieren wünscht, das wissen nicht einmal die Götter, zumindest nicht die des Pentagon.

Marxistisches

In der *«Revue Socialiste»* (48), der immer interessanten und reichhaltigen Monatschrift der französischen Sozialdemokratie, untersucht *Daniel Ligou* die Zusammenhänge von Marxismus und der Geschichtsdeutung der Französischen Revolution, die für viele Franzosen ein heute noch mißbilligtes oder halbgebilligtes, «verstandenes» Phänomen der französischen Geschichte ist. Nach Ligou gibt es denn auch nur wenige Franzosen, die sie wie *Clemenceau acceptent en bloc*. Trotz der gewaltigen Literatur über ihre Geschichte und Persönlichkeiten, herrschen noch immer die widersprechendsten Urteile über ihre Einzelheiten, die Geschichtsschreibung ist noch voll schmerzlicher Lücken über das Walten und Wirken der Komitees in den kleineren Städten, die dortigen Führer und ihre Leistungen. Die alte Vorstellung ist noch lange nicht überwunden, daß die Revolution das Werk von Freimaurern, Juden oder Einzelpersonen war, wie Voltaire und Rousseau, auch bei namhaften Historikern reduziert sie sich auf einzelne Heroen. Erst die von *Jaurès* und *Mathiez* begründete Anwendung der *ökonomisch-marxistischen Geschichtsauffassung auf die Französische Revolution* führte zu einer Erneuerung des Geschichtsbildes dieser Periode, das ja vielen Lesern in der Schweiz durch die in der *Büchergilde* erschienene *Französische Revolution* von *Albert Mathiez* bekanntgeworden ist. Aber gerade auf ökonomischem Gebiet sind die Quellen recht dürftig, und es wird noch langer Arbeiten bedürfen, um die Verhältnisse von Preisen und Löhnen in den

verschiedenen Geschichtsabschnitten zu Vergleichszwecken festzustellen. Die seit 1917 beliebten Parallelen zwischen beiden Revolutionen lehnt Ligou ab, Robespierre war kein Lenin und Napoléon kein Stalin — drollig genug, daß man das erst bestreiten muß. *Robespierre* war durch und durch *Parlamentarier* und der 9. Thermidor vorerst ein *ministerieller Sturz*.

Das 80jährige Jubiläum der *Commune* wurde, wie zu erwarten war, von den kommunistischen Zeitschriften besonders gefeiert. In den «*Cahiers Internationaux*» (24) veröffentlichten *Rose und Samuel Bernstein* (der Leiter der amerikanischen Zeitschrift «*Science and Society*» und Verfasser eines Buches über Buonarotti) eine Studie über den erheblichen Einfluß der *Commune* auf das Proletariat der *Vereinigten Staaten*. Die ersten einigermaßen richtigen Berichte erschienen in der «*New Yorker World*» vom 14. April 1871 mit der an sich falschen, nur indirekt richtigen Behauptung, daß *Marx* den Aufstand veranlaßt habe. *Marx* und seine Freunde trugen für ihn als Leiter der Internationale eine indirekte moralische Verantwortung, hatten aber mit dem Ereignis als solchem nichts zu tun. Sie hatten für diesen Aufstand nicht den Finger gerührt, schlossen sich aus bloßer Solidarität ihm erst nachträglich an, studierten seine Struktur und versuchten, aus den Ergebnissen theoretische Lehren zu ziehen. Die französischen Revolutionen von 1830, 1848, 1871 hatten auf die amerikanischen Arbeiter den größten Eindruck gemacht; aber die amerikanischen Freiheitsideale waren liberal und egalitär und *Marx* fremd. Es gab aber erhebliche Gruppen, die schon marxistisch waren. Dem Vater *Weydemeyer* ist die amerikanische Veröffentlichung des *18. Brumaire*, dem Sohn die amerikanische Ausgabe des *Kapitals* zu danken. Die amerikanischen Marxisten wurden auf gewerkschaftlichem Gebiet führend und standen im Deutsch-Französischen Krieg, je länger er dauerte, um so entschiedener auf französischer Seite. Der Verfälschung der *Commune* durch die Weltpresse wurde zuerst in Amerika Widerstand geleistet, es war jene Zeit der Weltverlogenheit, von der *Marx* am 27. Juli 1871 an *Kugelman* schrieb, daß man einmal glaubte, die alten Mythen hätten nur entstehen können, als es noch keine Druckerpresse gab, während sie heute von ihr an einem Tag fabriziert, verbreitet und von den Lesern geglaubt werden. Unter den Amerikanern, die standhaft der Verleumdung Widerstand leisteten, sind besonders *George Wilkes* und *Wendel Phillips* zu nennen. Zwei amerikanische Arbeiterorgane «*The Woodhull and Claflin's Weekly*» und «*The Workingman's Advocate*» veröffentlichten vollständig in Fortsetzungen die Schrift von *Marx* über den Bürgerkrieg in Frankreich. Es entstand eine weitreichende Bewegung zur Verbreitung der Wahrheit über die *Commune*, für die das Interesse der amerikanischen Arbeit immer größer wurde.

In den zusammen 350 Seiten starken Heften der «*Pensée*» (35, 36) ist ein großer Teil der Beiträge der *Commune* gewidmet. Hier tritt natürlich besonders hervor, daß die *Commune* als embryonale Zelle des bolschewistischen Staates zu betrachten sei und daß die Schrift von *Marx* über den Bürgerkrieg in Frankreich durch Lenins Schrift *Staat und Revolution* zur praktischen Anwendung der Resultate von 1871 führten sollte. Da die Behandlung der *Commune* durch mehrere Hefte gehen wird, notieren wir zunächst den Aufsatz von *Victor Joannès* über die «*Commune de Paris, le mouvement ouvrier international et la question de l'Etat*». Die Zusammenhänge zwischen *Marx*, der die Geschichte dieser revolutionären Stadtgemeinde schrieb, und *Lenin*, der ihre zufallsbedingten Maßnahmen auf einen Sechstel der Erde anwenden wollte, werden besonders hervorgehoben, ohne daß das Problematische behandelt würde. *Eugène Schulkind* gibt

Teile einer in Vorbereitung befindlichen Dissertation «*La Commune de 1871 à travers sa littérature*» in zwei Heften wieder, mit einer Fülle von literarischem Material der Zeit, das uns Neues und Wichtiges über diese drei Monate verspricht. Gerade die *Dichter der Zeit* drücken deutlicher als die zum Teil ganz verfehlten und improvisierten Handlungen der Commune ihren großen Geist aus. Gehören doch zu den Dichtern der Commune *Victor Hugo, Verlaine, Rimbaud!* Die besondere Stellung Hugos würdigt in einem eigenen Beitrag *Pierre Albouy* (35). Mit dem Recht des Dichters stellte sich Hugo über beide und teilweise gegen beide Parteien, aber nie gegen die Commune allein. Er zog ein neues Exil in Brüssel seiner Unterwerfung unter die Kammer von Bordeaux vor. Hugo, kann man zusammenfassen, war prinzipiell für die Commune, aber taktisch gegen sie; ihre Massakrierung hat er in Versen gegeißelt. Die Verfälschung des sozialistisch-humanitären Victor Hugo in den vielen neuen Auswahlbänden, die in den letzten Jahren erschienen, wurde schon von *Pol Gaillard* in der «*Pensée*» (34) mit überzeugend-hinreißenden Proben nicht abgedruckter Verse an den Pranger gestellt. — Aus den Communeheften der «*Pensée*» zitiere ich noch den Aufsatz von *Victor Leduc*: «*La Commune et la liberté*».

Leider wird aber eine wissenschaftliche Zeitschrift ihrem Charakter ungetreu, wenn sie die Hauptsache völlig übergeht; den freilich wenig bekannten *Widerruf seiner Auffassung über die Commune von Marx*. Er erkannte, nachdem die Erregung über das mitreißende Ereignis vergangen war, daß die Commune prinzipiell falsch gehandelt habe. Nach neuen Studien über sie kam er in seinem Brief an *Domela Nieuwenhuis vom 27. Februar 1881* zu dem Ergebnis, die Commune wäre «die Erhebung der Stadt unter ausnahmsweisen Bedingungen» gewesen. Die Majorität der Commune wäre «*keineswegs sozialistisch*» gewesen. Und er fügt hinzu: «*Mit geringem Quantum common sense hätte sie jedoch einen der ganzen Volksmasse nützlichen Kompromiß mit Versailles, das allein damals Erreichbare, erreichen können.*» Damit hat Marx seine frühere Ansicht über die vorbildliche Bedeutung der Commune widerrufen. Es wäre interessant, zu lesen, wie sich kommunistische Zeitschriften zu dieser *Berichtigung* von Marx stellen werden.

Kurze Chronik

«*The Wiener Library Bulletin*», das von einem emigrierten Deutschen in London herausgegeben wird, hat die ersten zwei Nummern des 5. Jahrganges herausgebracht. Dieses Mitteilungsblatt bringt immer neues Material über den ach so uninteressant gewordenen Nazismus und Faschismus, über die Geschichte der Deutschen seit 1914. Viele Bücher und Zeitschriftenartikel aus aller Welt, die mit Verfolgungen und politischen Kämpfen zu tun haben, werden hier vorbildlich referiert und rezensiert. — Aus den zwei letzten «*Gewerkschaftlichen Monatsheften*» (5, 6) seien hervorgehoben: Michael Freund und Fritz Sternberg über «*Weltpolitik, Aufrüstung, Lebensstandard*»; Dr. Karl Hinkel: «*Demokratie und Gewerkschaftliche Aktion*»; Rolf Wagenführ: «*Schuman-Plan und Europawirtschaft*» (pro!). — Als hervorragende Informations- und Rezensionszeitschrift über die Literatur aller Kulturvölker erscheint an der Universität von Oklahoma die von einem deutschen Emigranten *Ernst Erich Noth* herausgegebene Vierteljahresschrift «*Books Abroad*» im Umfang von 100 Quartseiten. — Eine neue hochinteressante amerikanische illustrierte Zeitschrift «*Trans|formation*» bekämpft die wechselseitige Isolierung von Kunst, Wissenschaft, Technik, will Wissenschaften und Künste in ein

Kontinuum stellen und eine Abwehr gegen Spezialisierung als Vorwand von Ignoranz, Vorurteilen und Bürgerkriegen bilden. Die erste schauerliche Illustration von zwei zeretzten Boxergesichtern enthüllt unsern Kannibalismus — den es zu überwinden gilt. Über die Beziehung der *britischen Intellektuellen von heute zur Welt* schreibt Stephen Spender in «*The Twentieth Century*» (892), das zu den lesenswertesten Zeitschriften Englands gehört. — Über die deutsche Frage schreiben Robert d'Harcourt in der «*Revue de Paris*» (6), über die französische Rheinlandspolitik die «*Historische Zeitschrift*» (171/1), über die geistige Lage Deutschlands Rudolf Pechel in «*Civitas*» (10).

Felix Stössinger

Hinweise auf neue Bücher

Deutschland in Zahlen. 360 Seiten. Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften. Bund-Verlag, Köln 1951.

Über die Zustände, die sich in Deutschland unter dem Naziregime, während des zweiten Weltkrieges und seit Beendigung desselben herausgebildet haben, sind wir immer noch sehr spärlich unterrichtet. Die vorliegende Publikation ist deshalb zu begrüßen. Sie ist mit Sorgfalt zusammengestellt und bietet wertvolle Unterlagen für gleichsam quantitative und qualitative Analysen der sozialen Verhältnisse Westdeutschlands. So orientiert eine Tabelle auf Seite 18 über den *Frauenüberschuß*, der in allen Altersgruppen in Erscheinung tritt: auf 1000 Männer kommen bei den 25—30jährigen nicht weniger als 1676 Frauen. Auf Seite 47 finden wir Zahlen über die im westdeutschen Bundesgebiet stark zunehmende *Arbeitslosigkeit*: 1946 waren 820 000 Personen arbeitslos, 1949 dagegen schon 1 558 000. In der sowjetischen Zone wird eine Abnahme von 399 000 auf 323 000 registriert. Die *Produktivität* der Arbeit in der Industrie ist im Wachsen begriffen; der Index (1936 = 100) stand im April 1948 auf 64,5 und im September 1950 bereits auf 98,0. Interessanten Einblick in die Kleinhandelspreise der sowjetischen Zone gewähren die Tabellen auf Seite 104 ff. Es läßt sich feststellen, daß die Preise für Lebensmittel, die im Rahmen der Rationierung bezogen werden, steigen, während die Preise für nichtrationierte, in HO-Läden bezogene Nahrungsmittel gesenkt werden. So ist rationierte Butter von 3,6 auf 4,2 Ostmark pro kg verteuert, unrationierte Butter von 24,0 auf 12,0 Ostmark herabgesetzt worden. Aufschlußreich ist auf Seite 121 die Gegenüberstellung der *Reallöhne* der Industriearbeiter in Großbritannien und in Deutschland. Während der englische Arbeiter in der Zeit von 1914 bis 1949 einen ununterbrochenen Aufstieg von 25,3 auf 43,0 Schilling (Kaufkraft des Jahres 1914) absolviert hat, ist dem deutschen Arbeiter ein Abstieg von 29,04 Mark (1914) auf 18,75 Mark (1948) beschieden gewesen. Die Folgen der neoliberalistischen Wirtschaftspolitik des Kabinetts Adenauer lassen sich aus den Tabellen auf Seite 128 eindeutig ablesen. Im Juni 1948 bezifferten sich die Gewinne der industriellen Unternehmungen (1936 = 100) auf nur 23, im September 1950 dagegen schon auf 386. In derselben Zeit ist die Lohnquote der Arbeiter und Angestellten von 83 auf 35 gesunken! Laut Tabelle auf Seite 139 beziehen 20 Prozent aller Industriearbeiter Wochenlöhne zwischen 11 und 40 Mark, weitere 55 Prozent Wochenlöhne zwischen 40 und 70 Mark. Nur ein Viertel aller Arbeiter verdient wöchentlich mehr als 70 Mark.

Auf Seite 5 wird die Zahl der «abgewanderten und umgekommenen Juden» auf nur 200 000 geschätzt. Diese Angabe ist viel zu gering und als Relikt der Nazipropaganda zu bewerten, ebenso wie der Ausdruck «Sudetengau». V. G.

Albert Camus: Der Fremde. 150 Seiten. Büchergilde Gutenberg, Zürich 1951.

In seinem Roman «Die Pest» hatte der französische Schriftsteller Albert Camus in epischer Breite das kollektive Schicksal einer Stadt geschildert, die von der (zugleich als Symbol gemeinten) Pest befallen wird. In der sehr knappen, konzentrierten Erzählung